

Petition «Stopp der Investitionen in die Ukraine – Priorität für unsere Bürger»

Sehr geehrte Mitglieder des Liechtensteinischen Landtages,

hiermit petitionieren wir gegen den geplanten Verpflichtungskredit von 8'000'000 Schweizer Franken im Rahmen des Wiederaufbaus in der Ukraine und gegen die Beteiligung von 800'000 Euro an der dritten Kapitalerhöhung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

In Anbetracht der aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen und der dringenden Bedürfnisse unserer eigenen Bürger halten wir es für unerlässlich, dass unsere Ressourcen vornehmlich in die Sicherheit und Stabilität unseres Landes fliessen. Selbst Regierungschef Daniel Risch mahnte bei der Finanzplanung 2025 - 2028: «Ausgaben sollten mit Bedacht beschlossen werden.» Die betrieblichen Erträge würden sich zwar auf hohem Niveau befinden, entwickeln sich aber eher seitwärts. Mit dem Ausgabenwachstum können diese nicht Schritt halten. Die Regierung rechnet in den nächsten vier Jahren damit, dass das Ergebnis der Betriebsrechnung jeweils negativ ausfallen wird.

Wir erkennen an, dass die Ukraine und ihre Flüchtlinge Unterstützung benötigen. Jedoch haben wir bereits signifikante Hilfe geleistet. Seit Kriegsbeginn hat Liechtenstein die Ukraine im Umfang von 4'300'000 Schweizer Franken unterstützt. Wir haben die höchste Anzahl an Flüchtlingen mit Schutzstatus (S) im Verhältnis zur Einwohnerzahl im Vergleich zu den umliegenden Ländern. Gemäss Informationsblatt vom Ausländer- und Passamt (APA) zur vorübergehenden Schutzgewährung, "Status S" im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine, gibt es keine Kontingentierung bei der Aufnahme von Ukrainern. Mittlerweile sind über 1'000 Gesuche von ukrainischen Schutzsuchenden beim APA eingegangen. Tendenz steigend. Im Landesvoranschlag für das Jahr 2025 sind für die hohe Anzahl an Flüchtlingen 17'253'000 Schweizer Franken budgetiert.

Wie lange können wir uns diese Ausgaben noch leisten, ohne unsere Zukunft zu gefährden?
Es ist an der Zeit, die Prioritäten neu zu setzen und in die Belange unserer eigenen Bevölkerung zu investieren.

Wir fordern den Landtag auf, diese Investition abzulehnen und stattdessen Mittel für soziale Projekte, Bildung und Gesundheitsversorgung in Liechtenstein bereitzustellen.

Mit freundlichen Grüßen,

Jürgen Schädler
Wangerbergstrasse 20, 9497 Triesenberg

Anhang:
Seite 2-3 Mitunterzeichnende
Seite 4 Quellen

Quellen:

<https://www.vaterland.li/liechtenstein/politik/ukraine-beitraege-liechtenstein-orientiert-sich-an-der-schweiz-art-579566>

<https://www.vaterland.li/liechtenstein/politik/regierungschef-warnt-vor-zu-grosszuegiger-ausgabenpolitik-art-577868>

<https://www.regierung.li/medienportal-medium/16182/232432/0/medienmitteilung>

<https://www.llv.li/de/landesverwaltung/auslaender-und-passamt/information-ukraine/schutzstatus-s->

<https://www.vaterland.li/liechtenstein/gesellschaft/1000-er-grenze-ist-geknackt-art-574338>

https://www.llv.li/serviceportal2/amtstellen/stabstelle-regierungskanzlei/bua_100_2024_landesvoranschlag-und-finanzg.pdf

https://www.llv.li/serviceportal2/amtstellen/stabstelle-regierungskanzlei/bua_112_wiederaufbau-ukraine-ihze-und-ebwe-2024.pdf

<https://www.regierung.li/files/attachments/20241016-statusbericht-asyl.pdf>